

# Wie holen wir uns **Unser Krefeld** zurück?



**Kommunales Forderungsprogramm  
der DKP Linker Niederrhein  
für Krefeld**

# Unsere Stadt – Unser Lebensraum



Wir leben in Krefeld. Hier werden wir geboren, gehen in die Kita, zur Schule, hier machen wir unsere Ausbildung, gehen arbeiten und genießen unseren Ruhestand. Hier verbringen wir unsere Freizeit, treiben Sport, treffen uns mit Freundinnen und Freunden, sitzen beim KFC oder beim KEV auf der Tribüne und fiebern mit. Schön wär's, wenn es so einfach wäre.

Krefeld ist im Grunde eine liebevolle und lebenswerte Stadt. Zwar mit seinen knapp 234.000 Einwohnern (Stand 2018) eine Großstadt, aber ohne den Rummel und die Hektik einer solchen. Krefeld ist beschaulich-ländlich geblieben, ohne dabei langweilig zu sein. Linker Niederrhein eben.

Das liegt vielleicht auch daran, dass Krefeld selber, die Stadtteile Stadtmitte, Cracau und Dießem-Lehmheide, kaum über 70.000 Einwohner hat. Die restlichen Einwohner verteilen sich auf die übrigen Stadtteile rundum, die fast alle einen eigenen Stadteilkern und ein eigenes Leben, teilweise sogar eine eigene Identität haben.

In Krefeld verbinden sich die Vorteile fast dörflicher Strukturen mit den Vorteilen einer Großstadt: Nachbarschaftsleben, Tradition, Brauchtum und Zusammenhalt mit entwickelter Infrastruktur, Kultur und industrieller Prägung.

Krefeld hat also die besten Voraussetzungen und eigentlich könnte alles so schön sein. Ist es aber nicht. Vieles liegt im Argen. Wohnen wird immer teurer, Gesundheitsversorgung immer prekärer, Bus und Bahn sind viel zu teuer und fahren viel zu selten. Fahrradfahren wird zum lebensgefährlichen Abenteuer, es gibt zu wenig nicht kommerzielle Angebote für Sport, Freizeit und Jugend, die Arbeitslosigkeit ist überdurchschnittlich hoch, Jugendliche bekommen kaum einen qualifizierten Ausbildungsplatz, es gibt viel zu wenig Kitaplätze, die Schulen sind in einem erbärmlichen Zustand, die Feinstaubbelastung ist an manchen Strassen unerträglich und Geld hat Krefeld auch keins und verscherbelt darum zunehmend sein Tafelsilber: das Eigentum der Krefelder Bürgerinnen und Bürger.



# Aufgabe der Kommune

## Pflicht- und freiwillige Leistungen

Dabei wäre es die Aufgabe der Stadt, d.h. des Rates und der Verwaltung, im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben das Wohl der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu organisieren. Dazu gibt es die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung. Sie bildet die grundlegende Voraussetzung und den Rahmen für die kommunalen Pflicht- und freiwilligen Leistungen. Doch diese kommunale Selbstverwaltung wird durch die Finanznot der Städte immer weiter ausgehöhlt. Dass damit tagtäglich das Grundgesetz gebrochen wird, nehmen Rat und Verwaltung inzwischen wie selbstverständlich hin.

## Öffentliche Daseinsvorsorge

Die grundlegenden Dinge der öffentlichen Daseinsvorsorge werden in der Kommune geregelt, bzw. sollten in der Kommune geregelt werden. Wohnen und Energie- und Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung, Nahverkehr – egal ob ÖPNV, Fahrrad, Fußgänger oder motorisierter Individualverkehr (MIV). Auf all das muss Krefeld Einfluss haben und sollte diesen Einfluss im Sinne der Krefelder Bürgerinnen und Bürger nutzen und geltend machen.

### **- Krefeld den Krefelder Bürgerinnen und Bürgern/Keine weitere Privatisierung – Rekommunalisierung!**

Die strukturelle Finanznot der Kommunen steht aber genau diesen Aufgaben entgegen. Strukturell heißt in diesem Sinne: Nicht durch eigenes kurz- oder mittelfristiges Agieren zu behebendes Problem. Kurz, Krefeld hat, wie fast alle anderen Kommunen in NRW, nicht genügend finanzielle Mittel, um seinen Aufgaben gerecht zu werden.

Rat und Verwaltung sahen und sehen sich in ihrer Not dazu gezwungen, Aufgaben zusammenzustreichen, die nicht unbedingt durch gesetzliche Vorgaben geboten sind, um „Kosten zu sparen“ und alles zu verkaufen und in nicht-kommunale, also private Hände zu geben, was nicht niet- und nagelfest ist, um „Geld zu verdienen“ (z. B. Städtische Krankenanstalten siehe II-4). Das geht auf Kosten der Krefelderinnen und Krefelder, besonders derjenigen, die sich ohnehin nach der Decke strecken müssen. Dass sie dabei unsere Stadt früher oder später in den endgültigen Ruin treiben und vor allem die Krefelder Bürgerinnen und Bürger Stück für Stück ihres Eigentums berauben, sie letztendlich enteignen, nehmen Rat und Verwaltung sehenden Auges in Kauf. Krefeld gehört nicht dem Rat und der Verwaltung. Sie verwalten lediglich das Eigentum der Krefelderinnen und Krefelder. Krefeld gehört vor allem nicht den Reichen und Mächtigen, aber genau ihnen nutzt diese Politik.

**Darum steht für die DKP Linker Niederrhein an erster Stelle die Forderung: Krefeld den Krefelder Bürgerinnen und Bürgern zurückgeben! Keine weiteren Privatisierungen, weder direkte, noch**



**indirekte durch PPP (Public Private Partnership) oder ähnliche Konstruktionen. Rückgängigmachung aller bereits erfolgten Privatisierungen und Rekommunalisierung aller Leistungen.**

Mit diesem Kommunalwahlprogramm will die DKP Krefeld in die Diskussion darum eingreifen, wem die Stadt gehört und ihre Vorstellungen unterbreiten, wie wir Kommunistinnen und Kommunisten uns ein wirklich liebens- und lebenswertes Krefeld vorstellen.

Wir leben hier, wir arbeiten hier, wir kämpfen für unsere Stadt, damit sie das wird, was sie eigentlich sein sollte und könnte: Eine Stadt für alle Bürgerinnen und Bürger, in der Armut und Elend Zug um Zug zurückgedrängt werden, in der jede und jeder einen auskömmlichen Arbeits- und Ausbildungsplatz bekommt, in der das Wohnen und die Energie- und Wasserversorgung bezahlbar sind, in der das Lernen vom Kleinkindalter an Spaß macht, erfolgreich und wirklich kostenlos ist. In der alle eine gute, wohnortnahe und umfassende medizinische Betreuung erhalten, die einen hohen Freizeit- und Erholungswert hat, in der Jugendliche eine Zukunft haben und in der unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger einen ruhigen und gesicherten Lebensabend verbringen können. Eine Stadt, in der der Verkehr dazu dient, die Menschen zueinander und an ihre Arbeitsplätze zu bringen, wobei der öffentliche Personennahverkehr und das Fahrrad den motorisierten Individualverkehr Stück für Stück ablösen müssen, um unsere Stadt immer weniger mit Abgasen und verstopften Straßen zu belasten und in der eine intakte Umwelt zur Steigerung der Lebensqualität beiträgt.

# Unsere Vorstellungen und Forderungen für eine lebenswerte Stadt

## 1. Wohnen / Energie- und Wasserversorgung

### ★ Ein Grundbedürfnis dient dem Profit

Wohnen ist ein Menschenrecht und genauso wie der ungehinderte Zugang zu einer gesicherten Wasser- und Energieversorgung einer der wesentlichen Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. Aber es geht nicht nur um dieses theoretische Recht, sondern darum, dass Mensch sich Wohnen und Wasser- und Energieversorgung auch leisten kann.

Während der Wohnungsmarkt noch bis weit in die 60er Jahre des letzten Jahrhunderts hinein in Folge der Zerstörungen des 2. Weltkrieges und des daraus resultierenden Wohnungsmangels staatlich reguliert war, wurde das Menschenrecht auf Wohnen Zug um Zug dem so genannten „freien Markt“ überlassen, was nichts anderes heißt, als dass aus dem Menschenrecht eine Quelle ungehinderter Profitmacherei gemacht wurde. Der Markt wird es schon richten. Tut er aber nicht. Im Gegenteil:

Die ungehinderte Profitgier der Wohnungsbaukonzerne führt dazu, dass immer mehr Wohnungen in immer weniger Händen konzentriert werden. Die Folge ist, dass zu wenige Wohnungen gebaut werden und die vorhandenen immer teurer werden.



### ★ Anteil der Wohnkosten am Lohn

Während es 2009 in Krefeld noch gut 10.000 sozialgebundene Wohnungen gab, sind es heute (Stand 2018) nur noch 5.753. Tendenz weiter sinkend. Während in den 1980er Jahren der durchschnittliche m<sup>2</sup> Preis in Krefeld noch bei etwa 4,00 €/m<sup>2</sup> (umgerechnet) lag, bewegt er sich inzwischen bei 7,50 € bis 8,00 €, was einer Preissteigerung von bis zu 100% entspricht. Tendenz weiter steigend.

Gleichzeitig hat die Nettoeinkommensentwicklung bei Weitem nicht Schritt gehalten. Wohnen wird also immer teurer, nicht nur in Düsseldorf, Köln, Frankfurt oder München. Nein, auch hier in Krefeld wird es immer schwieriger, eine bezahlbare





Wohnung zu finden. Während eine Faustregel besagt, dass die Wohnkosten nicht mehr als 25%–30% des verfügbaren Haushaltseinkommens ausmachen sollten, liegt diese Quote auch in Krefeld oft bei 35%, manches Mal sogar bei 40%. Auch hier Tendenz weiter steigend.

## ★ **Neubau und Modernisierung**

In unserer Stadt gab es 2018 knapp 120.000 Haushalte bei einem Bestand von knapp über 123.500 Wohnungen. Allerdings sagt dieser „Überhang“ nichts über die Qualität der Wohnung aus, ob sie



heutigen Wohnansprüchen noch genügt (fast die Hälfte aller Bestandswohnungen wurde vor 1959 erbaut, lediglich 6% seit 2000) und ob die Wohnungsgröße mit der Nachfrage nach entsprechenden Wohnungen übereinstimmt (nur 10% der Bestandswohnungen sind 1- oder 2 Zimmerwohnungen). Das zeigt, dass es 1. sehr viele „Altwohnungen“ gibt, die heute kaum noch zu vermieten sind und dass es 2. zu wenige Kleinwohnungen gibt, die der zunehmenden

Nachfrage von Single- oder zwei Personenhaushalten gerecht werden. Trotz des „Überhangs“ fehlen also in Krefeld objektiv Wohnungen, von bezahlbaren Wohnungen ganz zu schweigen.

Solange der Wohnungsmarkt sich zum überwiegenden Teil in privater Hand befindet, gibt es Wohnungsneubau nur dort und in dem Umfang, wo und wie er sich für den Eigentümer rechnet. Auch die Sanierung von Wohnraum erfolgt lediglich unter der Prämisse einer profitableren Verwertbarkeit und ist in der Regel mit massiven Mieterhöhungen verbunden.

## ★ **Neue Wohnungsgemeinnützigkeit**

Was wir brauchen, ist ein möglichst schneller Abschied davon, dass das Menschenrecht auf Wohnen weiter dem Profitstreben einiger Weniger unterworfen wird. Wohnraumentwicklung muss an den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Menschen, der Mieterinnen und Mieter ausgerichtet werden. Das ist aber unter den gegebenen gesellschaftlichen Umständen nicht möglich.

Ein erster Schritt in diese Richtung wäre eine „neue Wohnungsgemeinnützigkeit“, d. h., dass die Unternehmen, die sich verpflichten, preisgebundenen Wohnraum zu erstellen, steuerlich entlastet würden. Dabei darf die Mietpreisbindung nicht wie bisher nach einigen wenigen Jahren auslaufen. Ob sich „am Markt“ private Investoren bereitfinden, unter dieser Vorraussetzung aktiv zu werden, ist aber äußerst fraglich; allerdings ist ein solches Modell sicher geeignet, den Gedanken der gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften neu zu beleben.

## ★ **Städtische Wohnungsbaugesellschaft**

Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass eine spürbare Entlastung des Wohnungsmarktes nur möglich ist, wenn die Stadt Krefeld selber eingreift. Wir brauchen in Krefeld eine städtische Wohnungsbaugesellschaft, deren Aufgabe es ist, orientiert an den Bedürfnissen der Krefelder Bürgerinnen und Bürger bezahlbaren Wohnraum in Krefeld zu schaffen.

Grundvoraussetzung dafür ist, dass die Stadt keinen Quadratmeter städtischen Grund und Bodens mehr in private Hände verkauft. Im Gegenteil müssen alle Möglich-



keiten ausgeschöpft werden, heute noch privaten Grundbesitz in städtische Hände zu überführen. Dazu kann die Stadt ihr Vorkaufsrecht nutzen und darf nur noch den Grund und Boden als Bauland ausweisen, der in städtischer Hand ist. Auf diese Art und Weise würde der weiteren Bodenspekulation ein Riegel vorgeschoben und es würden mehr Grundstücke zur Bebauung zur Verfügung stehen.

Aufgabe einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft wäre es in erster Linie, aufbauend auf die längerfristigen Perspektiven des städtischen Wohnungsmarktberichtes, einen zweiten, am Gemeinwohl orientierten und somit nicht dem Profitprinzip unterworfenen Wohnungsmarkt durch Planung und Errichtung von Wohnraum, ausschließlich im Geschosswohnungsbau, zu schaffen. Dabei sollten Überkapazitäten durchaus eingeplant werden, um Druck auf den dann ja nach wie vor existierenden privaten Wohnungsmarkt auszuüben. Auch das würde zum Sinken der Mieten beitragen.

### **Die DKP Linker Niederrhein fordert:**

**Kommunalisierung des Grund und Bodens unserer Stadt Zug um Zug. Kein Verkauf von städtischem Grund und Boden an private Investoren. Vergabe ausschließlich im Rahmen von Erbpachtverträgen. Dabei müssen gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften bevorzugt werden.**

**Umwandlung der Wohnstätte Krefeld AG (Aktienbesitz überwiegend bei der Stadt Krefeld) in eine gemeinnützige Krefelder Wohnungsbaugesellschaft. Bei ihr sollten sowohl die Baulanderschließung als auch die Erstellung von Wohnraum, vorzugsweise im Geschosswohnungsbau, die Pflege und Erhaltung von eigenen Bestandsimmobilien und der Zukauf von fremden, vorzugsweise vernachlässigten Immobilien sowie deren Sanierung Stück für Stück in Eigenregie zusammenfließen. Dabei ist alleine das Bedürfnis der Krefelderinnen und Krefelder nach preiswerten Wohnungen, vor allem im Bereich der wesentlichen Nachfrage als Zwei- und Vier- bis Fünfraumwohnungen, entscheidend. Das Profitprinzip muss als heute wesentliche Triebfeder des Wohnungsbaus und der dazugehörigen Versorgung eliminiert werden. Sofortige Räumung sogenannter Schrottimmobilen, von denen es in Krefeld sichtbar immer mehr gibt und anschließende Übernahme durch die Stadt. Wenn möglich, Sanierung oder, wenn nötig, Abriss und Neubau. Eigentümer von Schrottimmobilen müssen verpflichtet werden, angemessene Ersatzwohnungen zur Verfügung zu stellen.**



## **2. Gesundheit**



### **Dieses Gesundheitssystem hat enge Grenzen**

Nichts hat uns besser vor Augen geführt, wie verwundbar, ja teilweise sogar marode unser Gesundheitssystem ist, als der Beginn der Coronapandemie. Den entsprechenden Behörden lag bereits seit 12 Jahren eine Studie vor, die genau dieses Szenario durchspielt und entsprechende Maßnahmen vorschlägt. Und trotzdem traf uns die Pandemie völlig unvorbereitet. Alle Vorschläge waren der grundsätzlichen Profitorientierung des Gesundheitswesens zum Opfer gefallen. Zu wenige Intensivbetten; eine Katastrophe konnte nur durch das Aussetzen nicht dringender Operationen vermieden werden. Viel zu wenige Vorräte an Schutzkleidung und Masken; diese konnten nur viel

zu spät und vollkommen überbeuert auf den internationalen Märkten nachgekauft werden. Völlig unzureichende Anzahl von Pflegepersonal; die vollkommen unterbezahlten Kolleginnen und Kollegen müssen bis zur Erschöpfung und darüber hinaus arbeiten. Diesem Mut und diesem Einsatzwillen haben wir es zu verdanken, dass der Verlauf der Pandemie hier bei uns bisher relativ glimpflich war. Gesundheit ist zur Ware verkommen, bei der nicht der Kranke im Mittelpunkt steht, sondern der Profit der Krankenhauskonzerne.

## ★ **Wohnortnahe Versorgung statt Superkliniken**

Die grundsätzliche Gesundheitspolitik geht z. Zt. jedoch, entgegen der Erfahrungen, die uns Corona lehrt, weiterhin davon aus, dass es in Deutschland zu viele Krankenhausbetten und also zu viele Krankenhäuser gibt. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die Zahl der Krankenhäuser bereits von 2.411 (1991) auf 1.925 (2018) abgenommen. Die Zahl der Krankenhausbetten wurde im gleichen Zeitraum von 665.565 auf 498.192 um ca. 25% reduziert. Gleichzeitig stiegen die Fallzahlen von 14,5 Mio. auf knapp 19,5 Mio. Dabei sank die Verweildauer von 14 Tagen um etwa die Hälfte auf 7,2 Tage (Zahlen Stat. BA). Diese erschreckenden Zahlen werden von den Beratern der Bundesregierung in Fragen der Gesundheitsvorsorge in einem Gutachten noch getoppt. Sie gehen davon aus, dass 330 Superkliniken für die Gesundheitsvorsorge in der BRD ausreichen. Superkliniken, die dann wohl alle den fünf großen privaten Klinkkonzernen Fresenius, Helios, Sana, Asclepios und Rhön-Kliniken gehören. Während in städtischen Regionen bereits heute für 10% der Bevölkerung und in ländlichen Gebieten für 36% der Bevölkerung Wegezeiten von über 15 Minuten zu einem Grundversorgungs Krankenhaus in Kauf genommen werden müssen, wird diese Zahl wohl auf über 90% für beide Regionen steigen. Wohnortnahe Versorgung wird zu einem Fremdwort werden. Patientenbesuche werden für viele kaum noch möglich sein, ohne sich einen Tag Urlaub zu nehmen. Diese Entwicklung wird für Akutkranke das Sterberisiko erheblich erhöhen.

## ★ **Krefelder Krankenhäuser**



In Krefeld gibt es acht Kliniken, davon sind vier Tages- oder Fachkliniken. Neben den beiden Helios Kliniken in der südlichen Innenstadt und in Hüls gibt es noch das Malteser Krankenhaus in Uerdingen und das Alexianer Krankenhaus im Dießem als Häuser der Grund-, Regel- und Maximalversorgung mit zusammen 2.009 Betten. D. h. auf knapp 120 Krefelder Bürgerinnen und Bürger kommt ein Krankenhausbett, was etwa im Durchschnitt der Großstädte in NRW liegt. Da aber kein Krankenhaus in öffentlicher Hand ist (lediglich an den Helioskliniken hat die Stadt einen Anteil von 25,1%), hat die Stadt keinen Einfluss darauf, ob das auch so bleibt. Inzwischen wurde bekannt, dass der Helios Konzern auch das Uerdinger Malteser-Krankenhaus gekauft hat. Damit sind drei der vier Krefelder Krankenhäuser mit Regel- bzw. Maximalversorgung in der Hand von Helios. Ein Konzentrationsprozess, der unsere Stadt absolut erpressbar macht. Einen privaten Krankenhausanbieter interessiert die Versorgungslage der Bevölkerung eben nicht, sondern dort gibt es nur Renditeerwartungen..

## ★ **Helios/Städtisches Klinikum**

Wie so viele andere karitative Einrichtungen in Krefeld geht auch das heutige Heliosklinikum auf die Familie de Greiff zurück. Anna de Greiff und Cornelius de Greiff legten mit ihren Schenkungen an die Stadt 1828 und 1867 den Grundstein für ein Klinikum, das der Stadt und damit allen Krefelder Bürgerinnen und Bürgern gehörte. Aber als im Jahre 2007, kurz nach der Einführung des DRG Fallpauschalensystems, ein operativer Verlust von 15,8 Mio. € eingefahren wurde, nachdem im Jahr 2005 noch für 34,5 Mio. € ein operatives Zentrum errichtet worden war, sah sich die Stadt finanziell nicht mehr in der Lage, die Städtischen Kliniken weiter in Eigenregie zu betreiben. Sie verkaufte 74,9 % des Klinikums an den Krankenhauskonzern Helios. Über den Kaufpreis sprach der dama-



lige OB Kathstede lieber nicht konkret. Die RP berichtete damals davon, dass „die Stadt unter dem Strich ein Plus von 15 Millionen verzeichnen (könne)“ um im nächsten Satz direkt hinterherzuschieben, dass „der Bilanzverlust im Jahr 2006 ... laut Kämmerer Abrahams 17 Millionen Euro (beträgt).“, der damit vermieden werden konnte. Damit liegt der Verdacht nahe, dass die Stadt dem Konzern sogar noch 2 Mio. € in den Hintern geschoben hat, damit sie das Klinikum los wurde. Geht man so mit dem Vermögen der Krefelder Bürgerinnen und Bürger um?



Aber warum hat Helios das defizitäre Krankenhaus denn dann überhaupt gekauft? Doch nicht wegen dieser möglichen 2 Mio.! Nein: Der Helios Konzern hatte sehr schnell erkannt, welche profitable Möglichkeiten in dem gerade erst eingeführten DRG-Fallpauschalensystem stecken und investierte kurzerhand noch einmal über 200 Mio. €, um heute eine EBIT Marge von 11,9% zu erreichen.

### ★ **Beschäftigte**

Zwar ist die Zahl der Beschäftigten in den Krankenhäusern in den letzten 20 Jahren relativ stabil bei knapp unter 900.000 geblieben, was das bei einer Erhöhung der Fallzahlen um gut 20% aber bedeutet, kann sich jeder selber ausrechnen und jeder Kassenpatient im Krankenhaus hat es am eigenen Leib bereits erfahren. Eine Reduktion der Krankenhäuser in dem geplanten Ausmaß wird aber vor allem auch negative Auswirkungen auf die Zahl der Beschäftigten haben. Krankenhäuser werden zu Gesundheits- oder besser Krankheitsfabriken. Schon heute haben Pflegekräfte nicht mehr genügend Zeit, um alle Hygieneregeln einzuhalten. Infektionen mit Krankenhauskeimen weiten sich aus. Von der Zeit für die Pflege und Betreuung der Patienten ganz abgesehen. Die Bezahlung der Kolleginnen und Kollegen ist, für das, was sie leisten, unterirdisch. Der Idealismus und das Engagement der Pflegekräfte wird schamlos ausgenutzt. Viele von ihnen starten mit hehren Vorstellungen von Pflege und helfender Arbeit an leidenden Menschen in den Beruf und werden von den herrschenden Umständen sehr schnell auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Viele werfen das Handtuch, was die Not der Verbleibenden noch vergrößert.

### ★ **Hausärztliche Versorgung**

Zwar sprechen wir in Krefeld derzeit (zum Glück) noch nicht von einem akuten Hausärztemangel, aber ohne wirksame Maßnahmen droht bereits in wenigen Jahren eine Unterversorgung. Klar ist, dass der demografische Wandel vor Hausärzten nicht halt macht: Das Durchschnittsalter von Hausärzten liegt nicht nur in Krefeld bei +/- 50 Jahren.

### ★ **Seniorinnen und Senioren/Pflegeheime**

Eine menschenwürdige und fachgerechte Pflege und Betreuung im Alter ist nicht nur ein Grundrecht, sondern auch ein Gebot des Anstands und der Moral. Der Anteil von Seniorinnen und Senioren über 65 Jahren liegt in Krefeld derzeit bei etwa 22% der Gesamteinwohnerzahl. Unter Berücksichtigung aktueller Modellrechnungen ist in Zukunft mit einer steigenden Gesamtzahl pflegebedürftiger Menschen in Krefeld zu rechnen, für das Jahr 2030 wird ein Bedarf von 2.400 Plätzen erwartet. In Krefeld hat die letzten Jahre eine regelrechte Bauwut von privaten Trägern der Altenpflege eingesetzt, da diese erkannt haben, welche Gewinnmargen dort zu erzielen sind. Bereits im Juni 2018 gab es



ein Angebot von insgesamt 2.420 Pflegeplätzen, überwiegend in diesen privaten Seniorenheimen. Diese rein profitgetriebene Bauwut wurde glücklicherweise von der Stadt gestoppt, in dem keine neuen Baugenehmigungen für Seniorenheime mehr erteilt wurden. Gleichzeitig hat das relative Überangebot an Altenheim- und Pflegeplätzen aber nicht, wie es nach bürgerlicher Ökonomenmeinung doch in einem „Markt“ sein sollte, zu einem Sinken der Kosten für einen entsprechenden Platz geführt. Ein solcher Pflegeplatz kostet bis zu 3.500,00 € pro Monat, was angesichts kontinuierlich steigender Altersarmut weit jenseits der finanziellen Möglichkeiten der meisten Pflegebedürftigen liegt. Darum werden in der Regel die Angehörigen zur Finanzierung mit herangezogen. Und dort, wo selbst das nicht ausreicht, wird die Differenz von einem staatlichen Leistungsträger abgesichert – Profit mit staatlicher Garantie. Gleichzeitig wird in diesen privaten Häusern Fachpersonal abgebaut und zunehmend un- und angelernte Kräfte z. T. zu Billigtlöhnen beschäftigt. Die Folgen für die pflegebedürftigen älteren Menschen sind teilweise katastrophal und grenzen nicht selten an Körperverletzung.

### **Die DKP Linker Niederrhein fordert:**

**Die Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehört nicht in private Hände. Darum muss zumindest das ehemalige Städtische und das Krankenhaus in Hüls (die beiden Helios Kliniken) wieder zurück in kommunale Hand. Neben diesen beiden Kliniken brauchen wir in Krefeld zumindest in jedem Stadtteil mit mehr als 15.000 Einwohnern kommunale Gesundheitszentren (nicht zu verwechseln mit Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), die gewinnorientiert z. T. von medizinfremden Kapitalinvestoren aufgelegt werden), in denen es Erstversorgung und ambulante Langzeitbetreuung gibt. Abschaffung des DRG Fallpauschalensystems. Anreize für junge Allgemeinmediziner und Hausärzte, sich besonders dort niederzulassen, wo ein überdurchschnittlich hoher Anteil von älteren Menschen wohnt. Rekommunalisierung der Senioren- und Pflegeheime mit einheitlichen hohen Standards. Die Nutzung von Senioren- und Pflegeplätzen darf nicht zu finanzieller Abhängigkeit führen. Der Mensch, nicht der Profit muss in Belangen der Gesundheit und im Umgang mit Seniorinnen und Senioren im Mittelpunkt stehen. Dazu gehört auch, dass die Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitssystem nicht nur angemessen vergütet, sondern durch höhere Personalschlüssel auch entlastet werden.**

## **3. ÖPNV / Verkehr**

### **★ Weg vom motorisierten Individualverkehr (MIV) – Parken – MIV freie Zonen – Fußgängerverkehr**

Die Krefelder Innenstadt erstickt zunehmend im MIV. Feinstaubbelastungen nehmen an immer mehr Punkten zu und übersteigen oft die Grenzwerte. Verkehrslärm, vor allem zu Stoßzeiten, belastet die Wohnqualität. Unfälle mit anderen Verkehrsteilnehmern machen das Leben in unserer Stadt zunehmend gefährlicher. 9.112 Unfälle gab es 2019, seit 2016 ständig steigend. Dabei gab es vier Tote und 898 Verletzte, davon 146 Seniorinnen und Senioren und 100 Kinder. Dem gilt es entgegenzuwirken und den MIV mehr und mehr aus der Stadt zu verdrängen. Parken im öffentlichen Raum muss knapper und teurer werden. Wir brauchen Zonen, in denen es (abgesehen von absolut begründeten Ausnahmen) überhaupt keinen MIV mehr gibt. Als erstes sollte der gesamte Bereich innerhalb der vier Wälle vollkommen MIV frei werden und ausschließlich dem Fußgänger- und dem Fahrradverkehr vorbehalten sein.

## ★ Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) – Taktung, Abdeckung, Kosten und Finanzierung

Dafür muss der ÖPNV in einem Krefelder Verkehrskonzept absolut in den Vordergrund gerückt und wesentlich attraktiver werden. Wir brauchen einen ÖPNV in Krefeld, der von überall her erreichbar ist und der jeden Punkt in Krefeld und der näheren Umgebung erreicht. Von keinem Punkt der Stadt aus darf ein ÖPNV-Haltepunkt weiter als 500 Meter entfernt sein. Wir brauchen eine Taktung, die es unnötig macht, Fahrpläne nachzuschlagen, weil mindestens alle 10 Minuten, in Hauptverkehrszeiten und auf Hauptstrecken alle 5 Minuten, eine Bahn oder ein Bus kommt. Auf Perspektive muss der Busverkehr zu Gunsten der Straßenbahnen Stück für Stück reduziert werden. Wir brauchen ein Streckennetz, das von der Innenstadt aus strahlenförmig alle Krefelder Stadtteile und die umliegenden Städte in der Krefelder Peripherie (Willich/St.Tönis/Kempfen) erreicht. Wir brauchen eine äußere (Uerdingen/Linn/Fischeln/St.Tönis/Hüls/Niep/Elfrath) und eine innere (Ringe/Ritterstraße/Dießemer Bruch/



Grenzstraße/Jentgesallee/Wilhelmshofallee/Breiten Dyk/Ringe) Ringverbindung, die die Wege verkürzt und es unnötig macht, jedes Mal, wenn man z. B. von Fischeln nach Oppum will, in die Innenstadt zu fahren und dort umzusteigen. Auf diese Art und Weise wird der MIV in Krefeld so gut wie überflüssig. Alle Wege zur Arbeit oder zum Einkaufen brauchen keinen MIV mehr, sondern sollten mit dem Rad oder dem ÖPNV erreichbar sein.

Ein solches ÖPNV Konzept kann nicht aus sich selbst heraus kostendeckend arbeiten, was das augenblickliche Konzept ja auch nicht macht (die SWK fahren ein jährliches Defizit von knapp 20 Mio. € ein), obwohl es für die Nutzer zunehmend unbezahlbar und damit immer unattraktiver wird.

Ein solches Konzept muss grundsätzlich fahrscheinlos funktionieren, d.h. man zahlt nicht mehr für die einzelne Fahrt, sondern im Zuge einer Umlage beteiligen sich alle Krefelder Bürgerinnen und Bürger z. B. mit 1,00 € täglich und alle in Krefeld ansässigen Betriebe mit 1,00 € täglich für jeden Beschäftigten an der Finanzierung. Damit stünden im Jahr etwa 125 Mio. € bei reduzierten Kosten (Wegfall von Ticketautomaten und -kontrollen) und zukünftigem Verzicht auf teure Prestigeobjekte (Haltestellenüberdachung Ostwall/Rheinstr.) zur Verfügung. Grundsätzlich müssen die 70% des Linienbusverkehrs, die z. Zt. von privaten Subunternehmern bedient werden, in den Bereich des ausschließlich kommunal betriebenen ÖPNV zurückgeholt und die Kolleginnen und Kollegen dort nach TV-N bezahlt werden.



## ★ Fahrradverkehr – Wege / Sicherheit / Verkehrsfluss überregional

Neben dem ÖPNV wird das Fahrrad, zumindest im individuellen Nahverkehr, das Verkehrsmittel der Zukunft werden. Bis es aber so weit ist, brauchen wir schon heute dringend Maßnahmen, die



das Fahrradfahren in Krefeld komfortabler und sicherer machen. Der Zustand der Krefelder Radwege ist zum Teil unzumutbar. Einwurzelungen, Schlaglöcher und miserable Fahrdecken machen das Fahrradfahren in Krefeld eher zu einem Querfeldeinrennen denn zu einem entspannten Fahren. Der Vorrang für den MIV muss zu Gunsten eines Fahrrad- und Fußgängervorrangkonzeptes beendet werden. Dabei sind die Einbahnstraßen, die mit dem Fahrrad in beide Richtungen befahren werden können, ein erster Anfang. Grundsätzlich muss gelten, dass an allen Krefelder Straßen eigene Fahrradspuren ausgewiesen werden. Die Pop-Up Radwege, die z. Zt. erprobt werden, sind ein richtiger Schritt in diese Richtung. Beampelte Kreuzungen müssen dem Fahrradverkehr grundsätzlich Vorrang einräumen. Anforderungssampeln für den Fahrradverkehr müssen der Vergangenheit angehören.

Aber auch überregional wird die Bedeutung des Verkehrsmittels Fahrrad zunehmen. Dafür brauchen wir im Stadtgebiet Krefeld zumindest eine Nord-Süd und Ost-West Verbindung mit Fahrradschnellwegen. Die Krefelder Promenade, als Teil einer Ost-West Verbindung, ist ein guter Beginn, auch wenn die Planungszeit viel zu lange gedauert hat, weil hier ein „Leuchtturm-Projekt“ geschaffen werden sollte. Diese Ost-West Verbindung muss nun zügig über die Krefelder Stadtgrenzen, im Westen bis Venlo mit Anschluss an das Niederländische Radwegeschnellnetz und im Osten über den Rhein hinaus mit Anschluss an den RS1 ins Ruhrgebiet und nach Düsseldorf, ausgebaut werden. Eine Nord-Süd Verbindung mit einer Kreuzung der Krefelder Promenade ist zumindest bis Willich mit Anschluss an den dortigen Radschnellweg in Planung. Diese Planung muss maximal beschleunigt werden und braucht ebenfalls eine Perspektive, im Süden mit Anschluss in Richtung Viersen, Mönchengladbach und Köln und im Norden bis in den tiefen Linken Niederrhein.

### **Die DKP Linker Niederrhein fordert:**

**Absoluter Vorrang von ÖPNV, Fahrrad- und Fußgängerverkehr zu Lasten des MIV. Schaffung einer MIV freien Zone innerhalb der vier Wälle. Schaffung von Parkhausplätzen zu bezahlbaren Preisen am Rande der Innenstadt. Park & Ride Plätze in der Krefelder Peripherie. Erreichbarkeit von ÖPNV Haltepunkten im Umkreis von höchstens 500 Metern. Taktung des ÖPNV von max. 10 Minuten. Ausbau des ÖPNV Netzes in alle Krefelder Stadtteile und die Nachbarstädte. Schaffung einer äußeren und inneren Ringbahn.**

**Fahrscheinfreies Fahren. Finanzierung über eine Umlage durch alle Krefelder Bürgerinnen und Bürger und alle Krefelder Betriebe. Flächendeckender Ausbau eines gepflegten Krefelder Radwegenetzes. Ausbau einer Radschnellwegeverbindung in Nord-Süd und Ost-West Ausrichtung und Anschluss in die Regionen rund um Krefeld.**

## **4. Sport, Freizeit, Kultur und Jugend**

### **★ Stadtbad / Freibad / Badezentrum**

„Zur Wahrheit gehört, dass die Sportinfrastruktur in der Stadt marode und veraltet ist“ (RP 13.06.20). Damit beschreibt das Leib- und Magenblatt des Neoliberalismus in Krefeld die Situation in diesem Bereich eher noch beschönigend. Das 130 Jahre alte, unter Denkmalschutz stehende und in seiner Grundsubstanz nach wie vor erhaltene Stadtbad auf der Neusser Straße, ein Juwel in der Krefelder Innenstadt, und das Freibad auf der Gerberstraße gammeln seit 20 Jahren vor sich hin. Die Baumängel nehmen zu und man hat den Eindruck, dass es die Stadtverwaltung darauf anlegt, durch Untätigkeit einen Zustand zu erreichen, der nur noch einen Abriss zulässt, um dann einen luxuriösen Konsumtempel dort hinzusetzen. Das Bad, in dem Generationen von Krefelderinnen und Krefeldern Schwimmen gelernt haben, soll dem schnöden Mammon geopfert werden.

Das Badezentrum in Bockum, 1967 als Denkmal für die Krefelder Schwimmlegenden Martha Genenger und Wiltrud Urselmann geplant und eingeweiht (und 1997 tatsächlich unter Denkmalschutz gestellt), war von Beginn an eine Pleiten, Pech und Pannen Story. Eigentlich sollten dort internationale Wettbewerbe ausgetragen werden, bis das Gerücht aufkam, dass das 50m Becken gar keine 50m lang sei, weil an



der Kopfseite zu dicke Fliesen eingebaut worden seien. Wahrheit oder Gerücht: Es fanden weder Deutsche Meisterschaften noch sonst welche Schwimmwettbewerbe dort statt. Danach ist in diesem Katastrophenbad alles passiert. Angefangen damit, dass Fliesen von den Wänden fielen, Legionellen in der Aufbereitungsanlage gefunden wurden, das Dach zuerst undicht war und sich später gar Teile der Deckenkonstruktion selbständig machten und in die Schwimmhalle herabfielen. Wochen- und monatelange Schließungen waren die Folge. Jetzt wird die Stilllegung erwogen (ein Abriss kommt wg. des Denkmalschutzes nicht in Frage und eine Sanierung sei zu teuer). Stattdessen soll ein Neubau an anderer Stelle, möglicherweise in Verbindung mit den Eishallen am Krefelder Westpark, errichtet werden.

### ★ **Vereine / Hallennutzung**

In Krefeld gibt es 63 Sporthallen und 18 Sportplätze (RP 22.06.20), wobei dies nichts über deren Qualität aussagt. Es halten sich hartnäckig die Gerüchte, dass einige Hallen und einige Bezirkssportanlagen (BSA) völlig marode seien und eigentlich geschlossen werden müssten. Leidtragende sind in erster Linie die Krefelder Schulen und Sportvereine. Schon heute fällt in immer mehr Schulen der Sportunterricht komplett oder zumindest temporär aus und die Vereine klagen darüber, dass ihnen wegen des schlechten Zustandes nicht genügend Hallen- und Sportplatzzeiten zur Verfügung stünden. Offensichtlich hat die Stadt diese Freizeitanlagen in den letzten 30–40 Jahren systematisch verkommen lassen, zumindest ihre Pflege aber auf ein absolutes Minimum beschränkt.

### ★ **Bürgerzentren / Mediothek / Theater / Kaiser-Wilhelm-Museum (KWM)**

Wollen Krefelder Bürgerinnen und Bürger feiern, will ein Verein eine Veranstaltung durchführen und sucht man dafür Räumlichkeiten, ist man weitestgehend, bis auf die Fabrik Heeder, auf kommerzielle Anbieter oder konfessionell gebundene Räume angewiesen. Bürgerhäuser in Krefeld? Fehlanzeige! Zugegebenermaßen gibt es einige kulturelle Vorzeigeprojekte. Heeder gehört dazu, die Mediothek und sicher auch das Krefelder Theater. Aber alles weitgehend gebunden, recht teuer und viel zu wenig. Aber nicht nur diese drei sind kulturelle Highlights in Krefeld. Das KWM gehört sicherlich auch dazu. Dass es nun nach der Sanierung allerdings immer noch diesen unmöglichen Namen trägt und der Namenspatron nach wie vor überlebensgroß neben dem KWM steht, ist ein Skandal. War Wilhelm I doch im Deutschen Reich bekannt als der Kartätschenprinz, der Schlichter der Märzrevolution. Zudem legte er während seiner Regentschaft die Grundlagen für den deutschen Kolonialismus.

Gerne schmückt sich Krefeld mit großen Namen. So wur-





de 2019, das 100jährige Jubiläum des Bauhauses, zum großen Mies van der Rohe (MvdR) Jahr in Krefeld, nachdem bereits 2013 ein 1:1 Nachbau eines Golfhausprojektes von MvdR auf dem Krefelder Egelsberg für Aufsehen gesorgt hatte (Kosten gut 1/2 Mio. €). Als dann auch noch bekannt wurde, dass Mies van der Rohe neben den beiden Villen Haus Lange und Haus Esters, die heute als Museum genutzt werden, auch das Verwaltungsgebäude der Verseidag entworfen hatte, war MvdR von der Krefelder Kulturschickeria vereinnahmt. Bei allen verdienten Lobhudeleien wurde dann aber vergessen, dass MvdR als vierter Leiter des Bauhauses und Nachfolger des Kommunisten Hans Meyer seinen Ruhm mit dem Entwurf von lebenswerten Arbeitersiedlungen und dem Denkmal für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erworben hatte.



### **Freie Kulturszene / KuFa – Rampe – kleine Theater – Kinos – Kneipen**

Für die freie Kulturszene in Krefeld gibt es kaum räumliche Möglichkeiten. Sie ist weitestgehend auf die wenigen städtischen Angebote angewiesen und darauf, dass es private Initiativen und Szenekneipen wie den Engel, die Rampe, den Jazz-Keller und die KuFa gibt. Freie Theater haben zum

Teil unter erheblichem Einsatz privater Mittel eigene Spielstätten gefunden, z. B. das Theater hintenlinks, das Theater Blaues Haus u. a. Die enormen finanziellen Belastungen tragen aber wesentlich zu deren prekärem Dasein bei.



### **Jugendzentren**

Es gibt z. Zt. in Krefeld 23 Kinder- und Jugendeinrichtungen, von denen das Stahlnetz in Stahldorf z. Zt. geschlossen ist. Ganze drei davon werden von der Stadt Krefeld selber betrieben. Alle anderen



Einrichtungen werden von den Kirchen oder anderen Trägervereinen getragen. Die offizielle Begründung ist ein Mehr an Eigenkompetenz der einzelnen Einrichtungen. Das Wort vom Subsidiaritätsprinzip macht hier immer die Runde. In Wirklichkeit ist es aber so, dass die Stadt finanziell wesentlich entlastet wird, wenn sie eine solche Einrichtung nicht selber betreibt. Dass die freien Träger dieser Kinder- und Jugendeinrichtungen finanziell aber von den Zuwendungen der Stadt abhängig und dadurch strukturell unterfinanziert sind,

wird dabei geflissentlich übersehen. Dadurch sind viele Arbeitsverhältnisse in diesen Einrichtungen prekär oder sie bewegen sich im Bereich der Ehrenamtlichkeit.

### **Die DKP Linker Niederrhein fordert:**

**Erhalt und Sanierung des historischen Krefelder Stadtbades an der Neusser Straße und des Freibades Gerberstraße. Erhalt und fachgerechte Sanierung des Badezentrums Bockum in seiner Gesamtheit. Zügige Entwicklung eines Sportstätten- und Bäderkonzeptes für Krefeld. Erweiterung der Sportstätten- und Hallenflächen in Krefeld, um sowohl dem Schulsport als auch dem Vereinssport genügend Sportplatz- und Hallenzeiten zur Verfügung stellen zu können. Öffnung der Sportstätten und Hallen für private, nicht kommerzielle Sportnut-**



zung unter entsprechender Anleitung und Betreuung.

**Entwicklung von Bürgerzentren mit allen entsprechenden Einrichtungen und angegliederten Jugendzentren in allen Krefelder Stadtteilen unter städtischer Regie mit auskömmlicher Betreuung durch Fachpersonal. Kostenlose Nutzung der Einrichtungen durch die Krefelder Vereine, Bürgerinnen und Bürger und nichtkommerzielle Kunst- und Kulturinitiativen.**

**Wiedereröffnung der Uerdinger Stadtteilbibliothek und Erhalt, Sanierung und Umbau der Uerdinger Herbertzhäuser für kulturelle Zwecke.**

**Umbenennung des KWM in Paul-Wember-Museum, denn Paul Wember war es, der als Direktor des Museums von 1947 bis 1975 den international sehr guten Ruf unseres Museums begründete.**

**Einrichtung einer Dauerausstellung zu Mies van der Rohe, die sein gesamtes Schaffen würdigt.**

## 5. Arbeit und Ausbildung

### ★ Industrieentwicklung

Krefeld – eine Stadt wie Samt und Seide? Zumindest was die Krefelder Industrie angeht, stimmt dieser Marketingslogan schon lange nicht mehr. Aber auch wenn die Krefelder Industrie lange von der Textilindustrie beherrscht war, gab es daneben immer schon weitere wichtige und starke Industriebereiche. Stahlindustrie, Chemieindustrie und Maschinenbau waren neben der Textilindustrie wichtige Garanten dafür, dass Krefeld industriell nicht von einem Bereich abhängig war. Diese Zeiten sind lange vorbei. Die

Textilindustrie ist bis auf Rudimente vollkommen verschwunden. Aus den einstigen Deutschen Edelstahlwerken wurde zunächst Thyssen Nirosta, dann Thyssen-Krupp. Mit der Flüssigphase verschwand die Stahlerzeugung und heute kri-



seln die beiden Nachfolger Outokumpo und DEW auf dem Gelände an der Oberschlesienstraße vor sich hin. Das ehemalige Chemiewerk Bayer-Uerdingen wurde in drei Bereiche aufgespalten, Covestro, Currenta und Lanxess. Der Name Bayer und das dazugehörige Bayerkreuz über dem Uerdinger Hafen sind endgültig verschwunden. Der ChemPark ist, neben den Bayer-Nachfolgern, heute eine Ansammlung von vielen kleinen und mittelgroßen Unternehmen, deren Zukunft in Krefeld ungewiss ist. Zusammen mit dem Niedergang der Textil-, Stahl- und Chemieindustrie hat auch der begleitende Maschinenbau Stück für Stück an Bedeutung verloren. Mit diesen Industrien sind die hochqualifizierten und gut bezahlten Industriearbeitsplätze verloren gegangen; ein Garant für den relativen Wohlstand Krefelds und der Krefelder Arbeiterklasse.

Heute wird die Arbeitsplatzstruktur in Krefeld geprägt von Logistik-, Franchise- und Servicefirmen (Segro-Logistikpark-Süd/Fressnapf/Trinkgut usw.), die in der Regel wenig qualifizierte und schlecht



bezahlte Arbeitsplätze anbieten (die wenigsten davon in Krefeld), in denen Betriebsräte und damit Beschäftigtenrechte weitestgehend ein Fremdwort sind und die mit ihrem ungeheuren Flächenverbrauch die Krefelder Industriegrundstücke extrem verknappen, ohne dabei eine entsprechende Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen.

Einzig die Siempelkamp-Gruppe im Krefelder Westen verbleibt als industrieller Arbeitgeber mit mehr als 2.500 qualifizierten Arbeitsplätzen.

## ★ **Kommunale Arbeitsplätze / Anstalt öffentlichen Rechts (AÖR) / Auslagerungen**

Größter Arbeitgeber in Krefeld ist die Stadt Krefeld selbst mit ihren angeschlossenen und Nebenbetrieben wie SWK u. a. Aber anstatt mit dieser Verantwortung so umzugehen, wie es nötig wäre, wird der Arbeitsplatzabbau bei der Stadt ungezügelt vorangetrieben. Die Kolleginnen und Kollegen stehen zunehmend unter enormem Leistungsdruck, angemessene Dienstleistungen für die Krefelderinnen



und Krefelder mit immer weniger Personal erbringen zu müssen. Um Kosten zu sparen, geht die Verwaltung immer mehr dazu über, ganze Bereiche z. B. in Anstalten Öffentlichen Rechts oder kommunale Eigenbetriebe zu überführen, diese Bereiche damit den Marktbedingungen zu unterwerfen und quasi zu privatisieren. Aber auch eine öffentliche Verwaltung ist ein Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und darf damit nicht der Rentabilität unterworfen werden, sondern muss sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausrichten.

## ★ **Berufsausbildung**

Gemeinsam mit der industriellen Struktur ist in Krefeld auch das Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen in Großbetrieben zusammengebrochen. Wenn Krefelder Jugendliche überhaupt noch einen Ausbildungsplatz bekommen (ca. 1.000 Krefelder Jugendliche haben oder finden keinen Ausbildungsplatz), ist dieser meist in handwerklichen und anderen Klein- und Kleinstbetrieben. Mit den entsprechenden Folgen für die Qualität der Ausbildung. Die Stadt Krefeld als größter Krefelder Arbeitgeber bildet selber gerade mal noch gut 100 Jugendliche in den unterschiedlichsten Berufen aus. Industrielle Arbeitgeber wie z. B. Siempelkamp stellen die Ausbildung mehr oder weniger komplett ein. Gleichzeitig beschweren sich auch Krefelder Unternehmen, dass es keine qualifizierten Fachkräfte am Arbeitsmarkt gäbe.

## ★ **Auftragsvergabe durch die Stadt/Tariftreue / Berufsausbildungsquote**

Die Stadt Krefeld ist aber nicht nur der größte Krefelder Arbeitgeber, sondern auch einer der größten Auftragnehmer. Dies geschieht im Augenblick vor allem unter der Prämisse des Kostensparens. Dazu müssen, welch ein Widersinn, Aufträge bei entsprechendem Auftragsvolumen europaweit

ausgeschrieben werden. Nicht der beste Anbieter, sondern der billigste Anbieter bekommt den Auftrag. Anstatt vor allem regionale Anbieter zu berücksichtigen und die Auftragsvergabe an bestimmte soziale Kriterien (Tariflohnbindung, Betriebsräte, Ausbildungsquote u. ä.) zu binden, werden Auftragnehmer berücksichtigt, die Kolleginnen und Kollegen unter sehr prekären Arbeitsbedingungen beschäftigen und damit in solchen Ausschreibungen regionale Anbieter mit z. T. besseren Arbeitsbedingungen unterbieten. Teilweise wird dann sogar der Mindestlohn mit Trickserien umgangen. Ein prägnantes Beispiel für das Missmanagement in diesem Bereich ist die Auslagerung der kommunalen Reinigungsdienste. Öffentliche Gebäude werden nicht mehr wirklich sorgfältig gereinigt. Die Kolleginnen und Kollegen klagen über ungeheueren Druck, Arbeitshetze und Arbeitsbedingungen, die fast an Sklaverei erinnern.

### ★ **Sachgrundlose Befristung / Prekäre Beschäftigung / Hartz IV**

Aber auch bei der Stadt nehmen Beschäftigungsverhältnisse zu, die nicht gerade einem geregelten Normalarbeitsverhältnis entsprechen. Teilweise werden Kolleginnen und Kollegen ohne triftigen Grund nur befristet eingestellt, Hartz IV Empfängerinnen und Empfänger übernehmen im Rahmen von geringfügiger Beschäftigung Pflege von Grünflächen. Kurz: Die prekäre Beschäftigung nimmt auch unmittelbar im Bereich der Krefelder Verwaltung und ihrer angegliederten und Nebenbetriebe zu. Und das alles, weil die Verwaltung nicht genügend Geld hat, um ihrer originärsten Aufgabe, nämlich der Verwaltung unserer Stadt für die Bürgerinnen und Bürger, in einer vernünftigen und allumfassenden Art und Weise nachzukommen.

#### **Die DKP Linker Niederrhein fordert:**

**Orientierung der Krefelder Industrieansiedlungspolitik vor allem an den Kriterien guter und qualifizierter Arbeit, ausreichender Zahl an Ausbildungsplätzen und ökologisch nachhaltiger Produktion. Gewerbegrundstücke müssen in den Händen der Stadt sein und bleiben. Keine Vergabe von Gewerbegrundstücken unterhalb eines Mindestschlüssels bei dem Verhältnis von Flächenverbrauch zur Anzahl der Arbeitsplätze. Keine Privatisierung von städtischen Aufgaben und keine Auslagerungen in Anstalten öffentlichen Rechts. Im Gegenteil: Ausbau des städtischen Dienstleistungsangebots auch in Bereiche hinein, die notwendig zum Erhalt der Servicequalität der Stadt und des städtischen Eigentums sind. Dazu muss ein Bereich geschaffen werden, der solche Arbeiten in Eigenregie übernimmt und freie Kapazitäten auf dem Markt zum Selbstkostenpreis anbietet. 10%ige Ausbildungsquote in allen Bereichen der städtischen Verwaltung und ihrer angegliederten und Nebenbetriebe. Vergabe von Aufträgen unter vorrangiger Berücksichtigung regionaler Anbieter mit besonderem Schwerpunkt auf tariflicher Bezahlung, Vorhandensein von betrieblichen Interessensvertretungen und einer Ausbildungsquote von mindestens 10%. Rückholung der an Subunternehmer vergebenen Aufträge, z. B. im Bereich Reinigung, sowie Eingliederung der dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen in Arbeitsverhältnisse bei der Stadt im Rahmen des TV-ÖD. Stopp der sachgrundlosen Befristung. Umwandlung aller sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnisse in reguläre Normalarbeitsverhältnisse. Keine geringfügige oder anderweitige prekäre Beschäftigung. Schluss mit der Sparpolitik auf Kosten der beschäftigten Kolleginnen und Kollegen.**



## 6. Bildung / Kita und Schulen / VHS / FHN

Trotz aller Beteuerungen der Politik spielt Bildung in unserem Land eine untergeordnete Rolle. Sie dient nicht der Entwicklung jüngster und junger Menschen zu eigenständigen Persönlichkeiten, sondern ist bestimmt von den kapitalistischen Verwertungsbedingungen. Im Wesentlichen ist Bildung von den Möglichkeiten des Elternhauses abhängig.



### **Vorschulische und schulische Bildung / Offene Ganztagschule (OGS)/Inklusion**

Bildung beginnt mit der Geburt. In den ersten vier Lebensjahren werden die Grundlagen bei Kindern gelegt. Darauf baut alles spätere Lernen auf. Lücken können später nur schwer geschlossen werden. Kinder müssen sofort nach der Geburt gefördert werden. Zuerst von den familiären Bezugspersonen, dann in den Kitas und anschließend in den Schulen. Notwendig hierfür sind pädagogisches Grundwissen und Zeit in den Familien, genug Personal in den Einrichtungen und vor allem ausreichende finanzielle Mittel.



Aber zum einen gibt es nach wie vor viel zu wenige Kitaplätze (im Juli 2019 fehlten lt. RP 1.600 Plätze), zum anderen fehlen massenhaft Erzieherinnen und Erzieher, damit eine qualitativ gute frühkindliche Bildung stattfinden kann.

Die fehlende Anerkennung und Wertschätzung der Gesellschaft für diesen Beruf, der Arbeitsstress, sowie die schlechte Bezahlung verhindern oft, dass junge Menschen diese Ausbildung beginnen.

Die Kitakosten stellen für viele Familien ein Problem dar, denn neben den Kitabeiträgen fallen auch noch die Kosten für die Verpflegung, für Ausflüge etc. an.

Diese Situation setzt sich in der Schule fort. Das Bild wird bestimmt von einem massiven Lehrerinnen- und Lehrermangel. Im September 2019 fehlten 50 Lehrkräfte an den Krefelder Grundschulen. Insgesamt waren in Krefeld nur 55% der Stellen besetzt (RP). Als Pädagogen sind viele Lehrerinnen und Lehrer überfordert, da, gefördert durch den Bologna-Prozess, der Lehrerberuf immer mehr zum reinen Wissensvermittler verkommt.

Der Leistungsdruck auf die Schülerinnen und Schüler nimmt ständig zu. Leistungsdruck, der Kindern und Jugendlichen nicht gestattet, sich individuell zu entwickeln. Die kapitalistische Verwertbarkeit bestimmt, dass sich die schulische Laufbahn schon nach der 4. Klasse entscheidet.

Früher gab es Horte in den Kitas, die die Betreuung und Förderung der Kinder nach der Schule übernahmen. Dann wurde dieses Modell durch die OGS ersetzt, da es die billigere, aber nicht die bessere Variante ist.

Die OGS ist heute ein Projekt, das die unterschiedlichsten Träger den Schulen anbieten, um Profite zu machen. Dort arbeiten nur teilweise Fachkräfte, dazu schlechter bezahlt. Das Augenmerk der Anbieter liegt auf Aufbewahrung und, trotz des hohen Engagements der Kolleginnen und Kollegen, nicht auf qualitativer und fördernder Betreuung. Auch dort herrscht ein offensichtlicher Personalmangel, teilweise sind



keine eigenen Räume für die Betreuung vorhanden. Dadurch sind die möglichen Angebote schon von vorneherein eingeschränkt.

In dieses Bildungssystem kommen Kinder mit vollkommen unterschiedlichen Voraussetzungen (kultureller Hintergrund, körperliche und geistige Faktoren, soziale Wirklichkeit des Elternhauses u. a.). Inklusion ist die Möglichkeit, diese unterschiedlichen Voraussetzungen aufzugreifen und zu fördern. Sie scheitert jedoch in der Regel an grundsätzlich schlechten Voraussetzungen in diesem Bildungssystem (mangelnde finanzielle und materielle Ausstattung, mangelnde adäquate Ausbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und grundsätzlich fehlende pädagogische Fachkräfte).

### ★ **Zustand der Räumlichkeiten / technische Ausstattung / Lernmittelfreiheit**

Sowohl technisch wie auch baulich besteht in Krefelder Schulen großer Handlungsbedarf. Fehlende technische Ausstattung und marode und sanierungsbedürftige Räume und Sanitäranlagen sind die Normalität.

Es heißt zwar, der Schulbesuch koste nichts, aber die zu kaufenden Bücher und andere Materialien sowie das Geld für Kopien, für Ausflüge und Fahrten zeigen vielen Familien Grenzen auf, die Kosten sind für viele kaum aufzubringen.

### ★ **Fachhochschule Niederrhein (FHN)**

Die FHN bietet an ihren beiden Standorten in Krefeld und Mönchengladbach ca. 14.000 Studierenden Studiengänge in zehn Fachbereichen. Chemie, Design, Elektrotechnik und Informatik, Maschinenbau und Verfahrenstechnik, Wirtschaftsingenieurwesen und Gesundheitswesen sind dabei in Krefeld konzentriert. Für Interessierte bildet neben der permanenten Auslese vor allem die finanzielle Belastung die größte Hürde zur Aufnahme eines Studiums. Die meisten Studierenden müssen neben dem Studium arbeiten, um ihr Leben zu finanzieren. Ständig steigende Mieten und die Wohnungsknappheit verschärfen diese Situation. Der Grossteil der Absolventinnen und Absolventen verlässt die Hochschule mit Schulden.



#### **Die DKP Linker Niederrhein fordert:**

**Bedarfsdeckender Ausbau der Kitaplätze für Kinder von 0–6 Jahren. Ausreichendes und entsprechend qualifiziertes Personal. Schaffung von Anreizen, den Erzieherinnenberuf auszuüben. Bessere Bezahlung, Ausbildungsvergütung auch für die schulische Berufsausbildung. Gruppenstärken von höchstens 15 Kindern. Erhöhung der gesellschaftlichen Anerkennung und Wertschätzung des Erzieherinnenberufes. Weg von den Pauschalen des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) hin zu einer ausreichenden Finanzierung. Die Kitabetreuung muss kostenlos werden.**

**Eine Schule für alle. Schluss mit der frühen Auslese im Bildungssystem und dem Leistungsdruck. Mit kleineren Klassen und momentan mindestens 100 pädagogisch gut ausgebildeten Lehrkräften zusätzlich für Krefeld würde die Bildungssituation massiv verbessert. Angemessene Bezahlung aller Lehrkräfte. Genügend Freiräume für die immer notwendiger werdende pädagogische Arbeit.**

**Der Schulbesuch muss wirklich kostenlos werden. Sanierung der Schulräu-**

me und der sanitären Anlagen. Verbesserung der technischen Ausstattung für alle Schulen. Keine Propagandaveranstaltungen der Bundeswehr in Schulen und Unis. Kein Werben fürs Sterben!

Langfristiger Ausbau der Inklusion mit ausgebildeten Fachkräften bei gleichzeitigem Weiterbestand der notwendigen Förderschulen.

Weg vom Offenen Ganzttag, zurück zu den an Kitas angegliederten Horten. Ausreichend qualifizierte Fachkräfte mit guter Bezahlung. Auskömmliche Finanzierung der Hortangebote mit eigenen Räumlichkeiten. Kommerzielle Anbieter gehören nicht ins Bildungssystem!

Für alle muss der Zugang zu einer umfassenden Bildung und damit auch zu universitärer Bildung ermöglicht werden, eine zuverlässige Finanzierung muss gesichert sein. Die Stadt Krefeld muss mehr preiswerte kleine Wohneinheiten oder Studentenwohnheime anbieten. Der BAföG-Bezug muss ausgeweitet, erhöht und vollfinanziert werden. Die Herausbildung einer Elite muss gestoppt werden.

## 7. Ökologie

### ★ Feinstaub und Lebensqualität

Glaubt man der einzigen ständigen innerstädtischen Messeinrichtung für die Krefelder Luftqualität in

Linn, die weitab vom Durchgangsverkehr in unmittelbarer Nähe des park-ähnlichen Linner Friedhofs postiert ist, hat die Krefelder Luft fast Luftkurortqualität. Anders sieht es bereits an der Messstation im Krefelder Hafen aus. Eine ganz andere Sprache spricht dagegen eine im Jahre 2010 von der Stadt Krefeld selber in Auftrag gegebene Studie: In mehreren neuralgischen Bereichen, entlang der BAB 57 zwischen Bockum und Linn, an der Kölner Straße, Ortseingang Fischeln, der Kreuzung Vulkanstraße und zwischen Obergath und Thyssenstraße, der Obergath im Bereich Stahldorf, der unmittelbaren Innenstadt mit Ostwall zwischen St. Antonstraße und Südwall, dem Nordwall zwischen Friedrichsplatz und Hubertusstraße, der Leyentalstraße zwischen Blumental- und Moerser Straße, dem Oranier- und Nassauerring zwischen Hülser- und Weberstraße, zwischen Blumental- und Inratherstraße und nördlich der Kliebruchstraße lag die Feinstaubbelastung an mindestens 30, in manchen Bereichen sogar an über 70 Tagen im Jahr weit oberhalb der zulässigen Höchstwerte. Die Stadt war gezwungen, einen Luftreinhalteplan zu erarbeiten und die erweiterte Krefelder Innenstadt zur Umweltzone zu erklären. Im gesamten Krefelder Stadtgebiet besteht seither ein LKW Fahrverbot mit Ausnahme des Lieferverkehrs. Zwar wird davon gesprochen, dass sich die Luftqualität seitdem kontinuierlich verbessere, aber neuere Untersuchungen mit konkreten Er-

gebnissen dieser neuralgischen Bereiche findet man nicht. Und wenn man sich den Verkehr z. B. auf den Ringen in Krefeld anschaut, ist man schon sehr erstaunt, wie viel innerstädtischen LKW Lieferverkehr es gibt. Regelmäßige Kontrollen hingegen gibt es kaum. Zwar sieht man immer mehr Hybrid-Busse, aber noch immer besteht ein großer Teil der SWK Flotte aus Dieselnissen.

### ★ Photovoltaik / Windkraftanlagen / Versorgung öffentlicher Gebäude

Die SWK ist der Krefelder Energieversorger und richtet ihren Strommix wesentlich „grüner“ aus als andere Anbieter im bundesweiten Durchschnitt. Trotzdem entfällt nach wie vor ca. ein Drittel des von der SWK angebotenen Strommixes auf Kohle, andere fossile Energieträger und Atomstrom. Die





Energieproduktion in Eigenregie dagegen ist relativ gering und stammt von zwei Windkraftträdern am Niederrhein, der produzierten Energie aus der Müll- und Klärschlammverbrennung und von ca. 80 Photovoltaik (PV) Anlagen, die zum Teil mit genossenschaftlicher Bürgerbeteiligung betrieben werden. Diese Energieproduktion in Eigenregie wird in das Netz eingespeist. Man kauft sie dann über den Gesamteinkauf an der Strombörse zurück, anstatt alle öffentlichen Gebäude in Krefeld und alle Krefelder Schulen mit entsprechenden PV Anlagen auszurüsten und die so produzierte Energie mit Hilfe von entsprechenden Speichermedien selber für die Versorgung dieser öffentlichen Gebäude und Schulen zu nutzen. Die Zukunft muss der dezentralen Stromerzeugung und der erzeugungsnahen Nutzung gehören, um zum einen die vier großen Energiekonzerne in der BRD (RWE, Vattenfall, EnBW und EON) zu entmachten und zum anderen die riesigen Energieverluste beim Energietransport quer durch die BRD zu vermeiden.



### ★ **Verkehr / Parks / Ruheräume**

Wenn man sich den Krefelder Stadtplan ansieht, fällt auf, dass ein großer Teil des Stadtgebiets aus nicht bebauten Flächen besteht. Das sind neben dem Grün- und Ackerland, das es auf dem Krefelder Stadtgebiet glücklicherweise immer noch gibt, vor allem Parks und öffentliche Grünanlagen, die sicherlich einen Großteil des Charmes von Krefeld ausmachen und zweifellos ein positiver weicher Standortfaktor sind. Da wären im Süden der Fischelner Stadtpark, der Hauptfriedhof, der Forstwald und der Südpark. Im Norden die Naherholungsgebiete Hülser Berg mit Hülser Bruch, die Niepkuhlen, der Egelsberg, die Elfrather Mühle und der Elfrather See, der Stadtwald und im Osten der Uerdinger Stadtpark, die Burg Linn, der Botanische Garten und das Latumer Bruch.

Schaut man aber in die unmittelbare Innenstadt, auf den Bereich zwischen den Ringen, der Ritterstraße und der Philadelphia-/Leyentalstraße, dann fällt auf, dass es außer dem Stadtgarten und dem Kaiser-Friedrich-Hain keine wirklichen Parks gibt. Der Anne-Frank-, der Albrecht- und der Alexanderplatz sind zwar kleine innerstädtische Oasen, aber damit



hat es sich dann auch schon fast. Alles andere, die Grünstreifen auf den Wällen und der Friedrichplatz, liegen inmitten innerstädtischen Verkehrs. Anders sieht es dagegen im Krefelder Nord-Osten mit dem Bismarckplatz, dem Moerser Platz, dem Vlyner Platz und den vielen anderen kleinen und großen Grünoasen aus. Aber das ist ja schließlich auch das Krefelder Mittelstandsghetto und die Vermieter lassen sich diese Wohnlage durch Mieten honorieren, die oft jenseits von Gut und Böse liegen.

#### **Die DKP Linker Niederrhein fordert:**

**Wirksame Verkehrskontrollen an den neuralgischen Krefelder Verkehrspunkten und rigorose Durchsetzung des LKW Fahrverbots, um die Luftqualität im Krefelder Stadtgebiet nachhaltig zu verbessern und sie dauerhaft unter die zulässigen Höchstwerte zu drücken. Reduzierung des MIV und Vorrang für ÖPNV,**

**Fahrrad und Fußgänger (siehe Punkt III). Entwicklung der SWK von einem fast reinen Energieanbieter hin zu einem Energieerzeuger, der die Region mit regional erzeugter Energie versorgt. Sofortiger Verzicht auf alle Dieselbusse und Umstieg zumindest auf Hybridantriebe. Langfristiger Ersatz der Hybridbusse durch Straßenbahnen oder maximal O-Busse. Versorgung des ÖPNV mit eigen-erzeugter regenerativer Energie durch die SWK. Entwicklung eines Konzeptes zur Krefelder Grünflächen- und Ruheraumentwicklung mit Konzentration auf die unmittelbare Innenstadt.**

## 8. Weitere Punkte

### ★ **Geflüchtete Menschen / Bündnis Sichere Häfen**

Derzeit leben 3.372 geflüchtete Menschen in Krefeld, davon 98 unbegleitete Minderjährige. Die Zahl der Menschen, die zukünftig aufgrund der vom Imperialismus verursachten weltweiten Probleme wie Klimawandel, Nahrungsmittelknappheit, Krieg, soziale Verdrängung und erzwungene Migration zu uns kommen werden, wird aller Voraussicht nach weiter eklatant anwachsen. Diese Verhältnisse zwingen uns dazu, einem Teil der Geflüchteten zumindest vorübergehend in Krefeld eine neue Heimat zu bieten. Eine Heimat, in der sie die traumatischen Erlebnisse ihrer Vergangenheit hinter sich lassen, sich nach ihren Möglichkeiten integrieren und ihre Kultur einbringen können, die ihnen Arbeit bietet und in der sie nicht als Konkurrenz gegen andere, auch am Rande der Gesellschaft lebende Menschen missbraucht werden.

Um den menschenunwürdigen und zum Teil sogar tödlichen Fluchtbedingungen für die Menschen des globalen Südens ein Ende zu bereiten, sehen wir kurzfristig nur die Möglichkeit der sofortigen, bedingungslosen und dauerhaften Öffnung der europäischen Innen- und Außengrenzen bei gleichzeitiger Einrichtung und Wahrung sicherer Fluchtwege sowohl auf Land als auch auf See. Wir begrüßen, dass die Stadt Krefeld seit dem 02.08.2018 Mitglied des Städtebündnisses Sichere Häfen der internationalen Bewegung Seebrücke ist, damit die Seenotrettung im Mittelmeer unterstützt und sich öffentlich gegen deren Kriminalisierung positioniert. Analog dazu müssen wir, die Bürgerinnen und Bürger in Krefeld, den Geflüchteten konkreten Schutz bieten und sie als Nachbarn und nicht als Fremde, gar Feinde behandeln.

Langfristig müssen aber Bedingungen geschaffen werden, die es für die Menschen des globalen Südens unnötig machen, ihre Heimat zu verlassen. Allen in Krefeld lebenden Geflüchteten, die es wollen, muss dann Hilfe und Unterstützung zuteilwerden, wieder in ihre Heimat zurückzukehren und sich dort eine neue Existenz aufzubauen.

### ★ **Frieden / Rüstungsfirmen / Mayors for Peace / Bundeswehr an Schulen/Defender Europe 2020**

In Krefeld gibt es zwar mindestens zwei Standorte von Rüstungsfirmen, Rheinmetall auf dem Neuer Weg und Schmeisser auf der Adolf-Dembach-Straße, aber Bundeswehrstandorte sucht man in Krefeld glücklicherweise vergebens. Die Standorte der Flusspioniere sind bereits 1969 und 1989 aufgelöst worden. Der derzeitige Krefelder OB Frank Meyer (SPD) ist Mitglied bei den Mayors for Peace, einer weltweiten Organisation, die sich für die Friedensarbeit und für atomare Abrüstung einsetzt. Man könnte meinen: Heile Welt. Aber mitnichten! In Krefelder Schulen hat die Bundeswehr ungehinderten Zugang, um fürs Sterben zu werben. Auch bei der Ausbildungssuche taucht die Bundeswehr auf, stellt sich auf Messen und Veranstaltungen neben zivile Betriebe und propagiert das Kriegshandwerk mit lockenden Angeboten als einen Beruf wie jeden anderen. Dem müssen wir in Krefeld ein Ende bereiten. Der Gipfel aber ist, dass der Krefelder Hafen als Waffen- und Truppenumladeplatz im Rahmen des gegen Russland gerichteten Manövers „Defender Europe 2020“ im Gespräch war und ist. D. h., dass Kriegsmaterial über Krefelder Stadtgebiet transportiert werden



sollte und soll. Wir fordern, auch wenn es nur symbolischen Charakter haben kann, Krefeld zur rüstungsfreien Stadt zu erklären.

## ★ Antifaschismus

Ein Gesellschaftssystem kann nur überleben, wenn es ihm gelingt, die überwiegende Mehrheit der Menschen, die in ihm leben, davon zu überzeugen, dass es sich bei ihm um das beste aller möglichen Gesellschaftssysteme handelt. Dies gilt auch für den Kapitalismus. In der Vergangenheit hat das immer gut funktioniert. Aber durch die Entwicklung der sog. „sozialen Marktwirtschaft“ hin zur Profitmacherei ohne irgendwelche Rücksichtnahme (Neoliberalismus), gelingt dies dem Kapitalismus immer weniger. Es mehren sich kritische Stimmen. Das System schafft sich rechtspopulistische Parteien und Organisationen, die die berechtigte Angst der Menschen davor, ins Hintertreffen zu geraten, auffangen und z.B. auf



Minderheiten ablenken. Es suggeriert, nicht das unfähige System, nicht der Kapitalismus sei schuld daran, dass Zukunftsängste durch z.B. zunehmende Arbeits- und Perspektivlosigkeit wachsen, sondern „die Ausländer“ nähmen uns die Arbeitsplätze weg. Hinter diesen rechtspopulistischen Gruppen und Parteien stehen bereits heute offen faschistische Kräfte bereit, um für den Fall einzugreifen, dass auch dieses nicht mehr greift und immer weniger Menschen auf die Bauernfängerei der Rechtspopulisten hereinfallen. Dann verändert sich der Kapitalismus seiner Natur entsprechend zum Faschismus.

Nach den beiden „großen“ NPD Demonstrationen 2007 und 2008 ist es den Krefelder Antifaschistinnen und Antifaschisten gelungen, mit ihren machtvollen Gegendemonstrationen mit 3.500 und fast 2.000 Teilnehmern die Neofaschisten in ihre Schranken zu weisen. Mit anschließenden Gegenaktionen antifaschistischer Kräfte ist es dann in Krefeld gelungen, die NPD oder andere offen faschistische Parteien und Gruppierungen, egal wo sie in Krefeld auftauchten, weitgehend aus der Öffentlichkeit zu vertreiben. Aber mit der AfD hat sich auch in Krefeld der Rechtspopulismus etabliert, der sogar bis hinein in die Krefelder CDU mit ihrer so genannten „Werteunion“ des Herrn Gerald Wagener Unterstützung findet. Wagener wird am 13.07.2019 von der RP wie folgt zitiert: „... , ich sehe die Krefelder AfD differenziert. Es gibt vernünftige Leute wie den Krefelder Landtagsabgeordneten Martin Vincentz, mit denen man reden kann. Die vertreten Positionen, die früher auch mal die CDU vertreten hat.“ Dagegen gilt es, weiterhin entschlossen vorzugehen und mit Zivilcourage dafür Sorge zu tragen, dass Rechtspopulisten und Faschis-





ten in Krefeld Stück für Stück zurückgedrängt und daran gehindert werden, sich in unserer Stadt weiter zu etablieren. Es gilt, die bürgerlich demokratischen Rechte zu verteidigen und Bündnisse zu schaffen, die alle nichtmonopolistischen Kräfte umfassen, um den Kapitalismus daran zu hindern, sich seiner faschistischen Ausprägung zu bedienen.

## 9. Finanzierung

### ★ Grundsätzliches

Jawohl, all das, was wir hier aufgeschrieben haben kostet Geld, viel Geld. Aber Geld ist genügend vorhanden, wie das staatliche Füllhorn in der Coronapandemie gezeigt hat. Darum halten wir es für vollkommen falsch, uns selber mit der Frage nach der Finanzierbarkeit eine Schere in den Kopf zu setzen. Es geht nicht um Finanzierbarkeit, sondern um Notwendigkeit.



### ★ Öffentliche Daseinsvorsorge kostet Geld und wirft keine Profite ab

Die Erkenntnis, dass öffentliche Daseinsvorsorge Geld kostet, ist nicht neu. Neu ist, dass mit dem Neoliberalismus die Behauptung Einzug gehalten hat, dass sie nicht nur kein Geld kosten dürfe, sich also aus sich selbst heraus finanzieren müsse. Nein, die Stadt könne und müsse sogar Geld verdienen, wenn die Bürgerinnen und Bürger diese Daseinsvorsorge beanspruchen wollen, denn die Stadt habe kein Geld. Einen deutlicheren Hinweis darauf, dass öffentliche Daseinsvorsorge zur profitablen Ware verkommt, gibt es kaum. Vor diesem Hintergrund ist die öffentliche Daseinsvorsorge immer weiter abgebaut und kaputtgespart worden, um die Städte, auch Krefeld, letztlich dazu zu zwingen, immer größere Bereiche aus ihrer unmittelbaren

Verantwortung herauszunehmen, weil „nicht mehr finanzierbar“ und in private Hände zu überführen, denn Privat könne alles besser und billiger. Dass diese Strategie aber letztendlich auf dem Rücken der Krefelder Bürgerinnen und Bürger und der Beschäftigten in diesen privatisierten Bereichen ausgetragen wird, wird konsequent ausgeblendet.

### ★ Wer soll das bezahlen? / Schuldenschnitt / Strukturelle Finanznot / Wer bestellt, muss zahlen

Um ihren Aufgaben wieder umfassend gerecht zu werden, brauchen alle Kommunen einen Schuldenschnitt. D. h., alle Schulden (auch die Kassenkredite, die die Stadt aufnehmen müssen, um zumindest einigermaßen über die Runden zu kommen) müssen vom Bund und vom Land übernommen werden. Ein großer Teil dieser Verschuldung ist schließlich dadurch zu Stande gekommen, dass Bund und Land den Kommunen Aufgaben aufgedrückt haben, die sie selber nicht refinanziert haben. Damit haben sie sich selber finanziell ent- und die Kommunen über Gebühr belastet. Daraus, dass das zum System geworden ist, entspringt die strukturelle Finanznot der Städte. Also nicht die Frage danach, wer das bezahlen soll, muss im Vordergrund stehen, sondern die Frage: „Was ist notwendig, um eine lebenswerte Stadt zu finanzieren?“.

### ★ Standortwettbewerb / Konkurrenz unter den Städten

Neben dieser chronischen Unterfinanzierung der Kommunen spielt bei der strukturellen Finanznot der Städte auch der widersinnige Standortwettbewerb unter den Städten eine entscheidende Rolle. Einnahmenerhöhungen, z. B. durch Anhebung der Hebesätze zur Gewerbesteuer, werden zuneh-

mend unmöglich, da die Unternehmen damit drohen, in Kommunen mit geringeren Hebesätzen abzuwandern. Damit werden Kommunen zunehmend erpressbar. Hinzu kommt, dass immer mehr Kommunen meinen, im Wettbewerb mit anderen Städten auf teure „Leuchtturmprojekte“ setzen zu müssen. Die heutige „Yayla-Arena“, der frühere „Königspalast“, ist in Krefeld ein beredtes Beispiel.



## ★ Finanzierungsquellen / Rüstung/Reichensteuer

Dabei gibt es in dieser Gesellschaft Geld genug, wie erst jüngst die Milliarden, die die BRD der Privatwirtschaft in der durch Corona beschleunigten Wirtschaftskrise zur Verfügung gestellt hat, gezeigt haben. Sogar das „Allerheiligste“ des Neoliberalismus, die Schuldenbremse, konnte auf einmal außer Kraft gesetzt werden. Milliarden und Abermilliarden stehen zur Verfügung, um so genannte systemrelevante Bereiche zu retten. Leider bestehen diese systemrelevanten Bereiche in den Augen des Neoliberalismus in erster Linie aus Banken und Konzernen. Erst danach kommen mittelständische Unternehmen und ganz zum Schluss das Handwerk und all die kleinen Firmen, die die eigentlich relevanten Bereiche bilden. Die Massen von Menschen, die im Zuge von Kurzarbeit und zunehmender Arbeitslosigkeit in Folge von Firmenpleiten (immerhin befinden sich knapp 50% aller Werkstätigen z. Zt. entweder in Kurzarbeit oder sind von Arbeitslosigkeit betroffen) gehen nicht nur leer aus, sondern versinken zunehmend in Armut. Dabei sind wir es, die alle Werte schaffen! Geld ist also genügend da. Es fließt nur in die falschen Kanäle.

Mitten in der durch die Pandemie verstärkten Wirtschaftskrise bahnt die Bundeskriegsministerin AKK einen neuen riesigen Rüstungsdeal an. Für mehrere Milliarden € sollen 30 F-18 „Super Hornet“ gekauft werden, die im Ernstfall die auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel gelagerten US-Atomwaffen tragen können. Darüber hinaus sollen die Rüstungsausgaben in der BRD auf 2% des BIP steigen, was nahezu einer Verdoppelung des Etats gleichkommt oder etwa 40 Mrd. € pro Jahr mehr als heute kosten würde. 40 Mrd. €, die den Städten heute schon fehlen.

Das reichste Prozent der Deutschen vereint ein Drittel der gesamten Vermögen in seiner Hand. Die 10 reichsten Prozent besitzen gar zwei Drittel. Der Gini Koeffizient, der die Vermögensverteilung deutlich macht, liegt in Deutschland bei 0,81. Läge er bei Null, hätten alle das gleiche Vermögen. Läge er bei 1, wären alle Vermögen in einer Hand konzentriert. Davon sind wir in der BRD mit 0,81 nicht mehr weit entfernt. Alleine die 10 reichsten Familien in der BRD besitzen ein Reinvermögen von annähernd 200 Mrd. €. Also auch hier wieder: Geld ist genügend da. Wir müssen es uns „nur“ durch eine wirklich leistungsgerechte Besteuerung der Reichen holen.

# Nachbemerkungen

## ★ **Vieles fehlt noch**

Auch wenn wir hier vieles aufgezählt haben, bei dem wir in Krefeld Handlungsbedarf sehen, halten wir dieses Programm nicht für endgültig abgeschlossen, sondern möchten es stets in alle Richtungen weiterentwickeln. Deshalb sind wir offen und dankbar für Anregungen und Vorschläge aus der Krefelder Bevölkerung, von Vereinen, Initiativen und Bündnissen und wir nehmen uns vor, dieses Programm ständig zu überarbeiten. Wir Kommunistinnen und Kommunisten fühlen uns nicht nur mitverantwortlich dafür, wie sich Krefeld entwickelt, sondern vor allem auch, wohin. Mit unseren Überlegungen und unserer Arbeit wollen wir helfen, dass Krefeld wieder unser aller Stadt wird. Dafür ist es notwendig, dass wir uns alle einmischen, praktisch und durch ein höheres Maß an politischer Bildung auch theoretisch. Demokratie, auch bürgerliche, erfordert Arbeit und ist viel zu wertvoll, als dass man sie ausschließlich gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern überlässt. Wir wohnen hier, wir leben hier und wir sind unmittelbar von allem betroffen. Darum wollen und werden wir uns einmischen und mitreden.

## ★ **Solidarisches Zusammenleben und Handeln / Wir passen aufeinander auf, ohne uns zu bedrängen.**

Es ist wichtig, dass wir lernen, dass ein Zusammenleben auf solidarischer Grundlage viel reicher und angenehmer ist, als ein Leben in Konkurrenz. Gute Nachbarschaft im Stadtteil ist ein wesentliches Merkmal für Lebens- und Wohnqualität. Einander helfen, zusammen die Nachbarschaft organisieren. Der eine kann dies, die andere das. Wir brauchen Einfluss auf die gemeinsame Gestaltung unseres unmittelbaren Lebensumfeldes. Aber solidarisches Zusammenleben braucht auch Rückzugsräume und Privatheit, die es zu respektieren gilt.

Wir handeln und kämpfen zusammen solidarisch für unsere Interessen im Stadtteil und im Betrieb. So werden gemeinsame Interessen als solche erkannt, für die es sich lohnt, auch gemeinsam zu kämpfen – im Stadtteil und in der Arbeitswelt. Dort, wo man gemeinsam und solidarisch vor Ort handelt, tut man dies auch im Betrieb.

## ★ **Unser Traum von Krefeld als Stadt für alle Menschen benötigt ein anderes Gesellschaftssystem**

All das, was wir hier aufgeführt haben, ist im Rahmen der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse bereits realisierbar. Zugegeben, ein paar Reformen und Änderungen wären schon notwendig. Solche Reformen sind aber im Rahmen dieser bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse immer bedroht und müssen von uns verteidigt werden.

Was hingegen wäre erst möglich, wenn es gelingen würde, andere Eigentums- und Machtverhältnisse, ein grundsätzlich anderes Gesellschaftssystem zu erkämpfen? Wenn nicht mehr nur die elementaren Dinge der täglichen Daseinsvorsorge dem Profitsystem entzogen wären, sondern das gesamte Leben. Nicht mehr der Profit einiger Weniger würde bestimmen, wie wir zusammenleben und was wir produzieren, sondern ausschließlich die Bedürfnisse der Menschen. Stück für Stück könnten wir uns so eine Lebenswirklichkeit erkämpfen, in der „... der Mensch das höchste Wesen für den Menschen (ist), also ... (darum zu kämpfen) ... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung / 1843-44)

## ★ **Veränderung bedingt den gemeinsamen Kampf aller, auch über ideologische Grenzen hinweg.**

Da, wo sich Menschen ihrer Bedürfnisse bewusst werden, fernab von durch Werbung und andere Beeinflussungsinstrumente erzeugten künstlichen Bedürfnissen, entsteht der Wunsch nach



Mitsprache und Mitarbeit. Da wir aber alle anders sind, der Krefelder sagt: „Jedden Doll is an-gersch!“, entsteht so auch Meinungsstreit, der, kollektiv ausgetragen, das Finden kreativer, aber für alle tragbarer Lösungen erst möglich macht. Dabei spielen Nachbarschaften, Vereine, Initiativen und Bündnisse eine große Rolle. Zumal es gilt, dicke Bretter zu bohren, was wir nur gemeinsam schaffen. Lasst uns gemeinsam für ein Krefeld kämpfen, das für alle Krefelder Bürgerinnen und Bürger wirklich lebenswert ist, in dem alle Krefelderinnen und Krefelder ein wirkliches Zuhause und ein auskömmliches Leben finden. Dabei sind wir uns darüber im Klaren, dass all das, was wir uns an Lebens-, Wohn- und Arbeitsqualität erkämpfen, irgendwo herkommen muss. Aber es gibt Menschen, auch in unserer Stadt, die haben sich ein gutes, ja oft luxuriöses Leben einrichten können, nicht weil sie so fleißig waren, das vielleicht auch, sondern weil sie sich konsequent das angeeignet haben, was wir, die arbeitenden Menschen, tagtäglich schaffen. Das wollen wir uns zurückholen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

# Unsere Kandidaten zur Kommunalwahl 2020 in Krefeld



## Peter Lommes

Zum Amt des Oberbürgermeister tritt unser 64 jährigen Genossen Peter Lommes an.

Peter ist gelernter Textilfärber und Steuerfachgehilfe, hat an der VWA in Düsseldorf BWL studiert und arbeitet heute als selbstständiger Kaufmann in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft.

Als langjähriger Vorsitzender der Krefelder SDAJ und späteren langjährigen Kreisvorsitzenden der DKP in Krefeld kennt Peter, der heute auf der Stadtgrenze nach Krefeld, in Willich wohnt, die Krefelder Lokalpolitik aus eigener politischer Erfahrung. Von Jugend an gewerkschaftlich engagiert, war er Jugendvertreter in der damaligen Verseidag, und bekleidete, teils leitende Funktionen in der Jugend der Gewerkschaft Textil-Bekleidung und später in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

Heute ist Peter als Schriftführer Mitglied des Stadtverbandsvorstandes des DGB in Krefeld und Bezirksvorsitzender des Fachbereiches 13 im ver.di- Bezirk Linker Niederrhein. Er ist Mitglied des Parteivorstandes der DKP und Bezirksvorsitzender der DKP Rheinland-Westfalen.

## Michael Friedrich

Als Direktkandidaten im Wahlbezirk 19 Gatherhof/Schicksbaum tritt unser 49 jähriger Genosse Michael Friedrich an.

Der Wahlbezirk 19 ist unser kommunalpolitischer Schwerpunkt in Krefeld. Michael ist gelernter Gas-Wasser Installateur und hat seine politische Arbeit als Campainer bei Greenpeace begonnen. Später absolvierte Michael dann unter anderem ein Volontariat bei der Wochenzeitung der DKP „Unsere Zeit“. Heute ist Michael Friedrich auf Grund gesundheitlicher Probleme Frührentner. Die DKP Linker Niederrhein hat ihn auf ihrer letzten Kreiskonferenz zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden der DKP Linker Niederrhein gewählt.



### Impressum

DKP Linker Niederrhein

Peter Lommes (V. i. S. d. P.), Adresse ...